

Basel Stadt Land Region

Professor will Basler Regierung das Swisslos-Kässeli wegnehmen

Umstrittene Zahlung an «Die Beschatter» Erneut steht eine Vergabe von Swisslos-Geldern in der Kritik. Diesmal geht es um eine TV-Serie. Stiftungsexperte Georg von Schnurbein schlägt vor, den Fonds vom Kanton zu lösen.

Jan Amsler

Beim Swisslos-Fonds in Basel-Stadt würden wegen mangelhafter Governance wiederholt die Regeln missachtet. Zu diesem Schluss kommt Georg von Schnurbein, Professor für Stiftungsmanagement an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Uni Basel. Die Regierung würde mit dem Fonds «Projekte auf der eigenen Wunschliste» unterstützen und potenziell umstrittene Finanzierungsentscheide am Parlament vorbeischieben. Jüngst sei das Reglement mit den Beiträgen zugunsten der SRF-Serie «Die Beschatter» überschritten worden.

Der Wissenschaftler schlägt vor, der Regierung das Swisslos-Kässeli wegzunehmen, es in eine eigenständige Stiftung auszugliedern und diese unter die kantonale Stiftungsaufsicht zu stellen. Der Stiftungsrat soll unabhängig von der Regierung sein. Auch soll dort kein Staatspersonal Einsitz nehmen, sondern «Bürgerinnen und Bürger, von denen die Gelder letztlich stammen». Die Swisslos-Fonds sind kantonal organisiert, die Mittel kommen von den Gewinnen aus der Lotterie Swisslos. Rund zehn Millionen Franken fließen jährlich in den Topf von Basel-Stadt.

Vorschnelle Finanzierung

Es sei endlich eine dauerhafte Lösung angezeigt, sagt von Schnurbein. Denn die Basler Regierung habe sich mehrfach über die Reglemente des Swisslos-Fonds hinweggesetzt und «ist nicht in der Lage, den Beweis zu erbringen, dass dies nicht wieder passiert».



Stiftungen sind sein Fachgebiet: Georg von Schnurbein, Professor an der Universität Basel. Foto: Dominik Plüss

Bereits 2014 hatte sich das Bundesamt für Justiz eingeschaltet und klargestellt, dass kommerzielle Veranstaltungen wie das Musical «Lion King», die Sendung «Musikantenstadl» oder das Tennisturnier Swiss Indoors nicht ohne weiteres aus dem Swisslos-Fonds unterstützt werden dürfen.

Erst kürzlich hat die bz publik gemacht, dass die beiden Basel die 295'000 Franken an die SRF-Serie «Die Beschatter» eigentlich nicht hätten spenden dürfen. Das Basler Präsidialdepartement räumt auf Anfrage der BaZ ein, für die Finanzierung einen Fördertopf geöffnet zu haben, der für solche

Formate nicht vorgesehen ist: denjenigen der Kinofilmförderung. Dabei habe man von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, in Ausnahmefällen auch andere Produktionen zu unterstützen.

Sprecherin Melanie Imhof schreibt, die «Verlagerung von Kinoproduktionen hin zu Serien und

Streamingangeboten» habe sich so beschleunigt, dass eine zeitnahe Anpassung der Förderbestimmungen nötig sei. Dass nun aber zuerst eine Auszahlung getätigt wurde und erst danach die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, könnte auch in den Geschäftsprüfungskommissionen

(GPK) von Grosse Rat und Landrat zum Thema werden. Jedenfalls gibt der basel-städtische GPK-Präsident in der bz an, dies in der Kommission zu besprechen.

«Wofür macht man ein Reglement, wenn man sich doch nicht daranhält?», fragt von Schnurbein. Es stört ihn, dass die Missachtungen der Regeln ohne wirkliche Folgen bleiben. Es gebe kein richtiges Vieraugenprinzip und keine Stelle, die bei solchen Verfehlungen unmittelbar einschreite. Bei Stiftungen, die unter der Stiftungsaufsicht stehen, drohen schärfere Konsequenzen, allenfalls müsste das gesprochene Geld sogar zurückgefordert werden.

Gleich lange Spiesse

Ein Zweck des Reglements bestehe darin, gleich lange Spiesse für alle möglichen Begünstigten zu schaffen, sagt der Ökonom. Nun ist aber zum Beispiel vorstellbar, dass andere Filmproduzenten nach der Konsultation der Reglemente gar nicht erst um Unterstützungsgelder anfragen. Und später feststellen müssen, dass ein ähnliches Projekt doch Mittel gesprochen bekam.

Von Schnurbein kritisiert nicht, dass die Regierung die Kriterien dafür festlegt, wie die Gelder zu verteilen sind. Auch findet er es richtig, die Vorgaben regelmässig den neuen Gegebenheiten anzupassen. Aber die Entscheide über die konkreten Gesuche sollten von unabhängiger Stelle erfolgen.

Wenn Basel-Stadt den Swisslos-Fonds in eine private Stiftung auslagern würde, so von Schnurbein, könnte der Kanton in dieser Sache ein Vorbild werden.

Autolobby kämpft um ihre zweite Spur

Münchensteinerbrücke Der Automobil-Club legt Rekurs gegen die verbreiterte Velospur ein und liefert auch gleich einen Gegenvorschlag.

Der Automobil-Club (ACS) in Basel lässt nicht locker: Das neue Verkehrsregime auf der Münchensteinerbrücke sei «unzweckmässig» und führe zu unerwünschten und umweltschädigenden Staus, teilte der Verein gestern mit. Man habe deshalb beim Basler Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) Rekurs eingelegt. Auf die Überführung des Verkehrsversuchs in eine permanente Massnahme sei zu verzichten.

Während eines Jahres hatte das BVD probeweise eine 2,60 Meter breite Velospur auf der Münchensteinerbrücke Richtung Dreispitz und Gundeldingen eingerichtet – auf Kosten des motorisierten Verkehrs, der seither nur noch die linke Fahrspur benutzen darf. Von der Massnahme sollten Velofahrer und -fahrerinnen profitieren, weil sie beim Abbiegen Richtung Dreispitz keine Autospur mehr überqueren müssen.

Der Kanton sah sich durch seine projektbegleitenden Beobachtungen und Videoaufnahmen sowie durch die Mehrheit der Rückmeldungen bestätigt und beschloss im September, die Änderung dauerhaft umzusetzen. Die Situation im Bereich der Münchensteinerbrücke sei verlässli-

cher, übersichtlicher und für alle entspannter geworden.

Die Rückmeldungen von ACS-Mitgliedern zeichnen offenbar ein anderes Bild: Die Änderung stelle keine Verbesserung, eher eine Verschlechterung der Sicherheit des Veloverkehrs dar,

heisst es in der Mitteilung des Vereins. Denn: Will eine Autofahrerin Richtung Gundeldingen fahren, muss sie nun am Ende der Brücke die Velospur kreuzen. Die Velos geniessen dabei zwar Vortritt. Der ACS gibt aber zu bedenken, dass sie sich jeweils im

toten Winkel der Autofahrer befänden und darum einer Gefahr ausgesetzt seien.

Zudem hätten während der Hauptverkehrszeiten die Stausituationen wegen der fehlenden Fahrbahn massiv zugenommen. Schon bei geringem Aufkommen

sei die Münchensteinerstrasse heute «komplett ausgelastet». Diese «künstlich verursachten Staus» hätten negative Folgen für motorisierten Verkehr, Klima und Wirtschaft.

Dem Rekurs, über den als Nächstes das BVD befinden muss, hat der ACS auch einen eigenen Vorschlag beigelegt. Ein Vorschlag, wie sich für den Veloverkehr wesentliche Verbesserungen realisieren liessen – ohne dabei den motorisierten Verkehr durch Stausituationen zu belasten. Der Velostreifen soll demnach durchgehend auf der rechten Seite der Strasse bleiben – neben den zwei Autospuren links davon. Erst am Ende der Brücke müssen Velofahrende Richtung Dreispitz dann die Autofahrbahn kreuzen, sollen aber Vortritt gegenüber den geradeaus fahrenden Autos Richtung Gundeldingen geniessen. Dies soll mit den entsprechenden Signalen, insbesondere mit Bodenmarkierungen angezeigt werden.

Ob das BVD auch die vom ACS vorgeschlagene Lösung bereits geprüft und allenfalls verworfen hat, will dieses mit Verweis auf das laufende Verfahren nicht verraten. Als Folge des Rekurses blieben die



Auf der rechten Spur herrscht derzeit Vortritt für Velos. Foto: Lucia Hunziker

Die Änderung stellt keine Verbesserung, eher eine Verschlechterung der Sicherheit des Veloverkehrs dar.

Mitteilung des Automobil-Club

aktuellen, provisorischen Markierungen aber vorerst bestehen und würden noch nicht definitiv angebracht, heisst es auf Anfrage.

Sebastian Schanzer

ANZEIGE

„DIE ERFOLGREICHSTE TANZSHOW DER GEGENWART“ KURIER
MICHAEL FLATLEY'S
LORD OF THE DANCE
25 YEARS OF STANDING OVATIONS
10.11.2022 SAT1
BASEL ST. JAKOBSHALLE
act TICKETCORNER semmel ticketcorner Tickets und Infos: WWW.ACTNEWS.CH
Sonntagszeitung Basler Zeitung Dreibasler GAZETTE